

Beteiligungspraxis

Im Hinblick auf die bisher seitens der Stadt durchgeführten Beteiligungsprozesse wurden verschiedene Aspekte diskutiert. Die Experten waren zu den Details zu wenig informiert und konnten sich daher lediglich darauf beschränken, allgemeine Grundsätze einer guten planungsvorbereitenden Bürgerbeteiligung zu formulieren.

Die Beobachter der verschiedenen Bürgervereine und Initiativen haben zum Teil fundamentale Kritiken am abgelaufenen Beteiligungsverfahren vorgetragen. Da Vertreter der Stadt aber nicht anwesend waren und die Mandatsträger nur teilweise in die Beteiligungsprozesse eingebunden waren, konnten Detailfragen zur Beteiligung nicht vertieft diskutiert werden, sondern lediglich die Kritik angehört werden.

Zwar ist mit den in mehreren Teilabschnitten und an mehreren Terminen durchgeführten Trassenbegehungen und den verschiedenen Bürgerversammlungen ein formgerechtes Beteiligungsverfahren eingesetzt worden. Aber diese Beteiligung bliebe begrenzt auf die offizielle Planung, ohne eine offene Suche nach möglichen Alternativen für die Trassenführung und Trassengestaltung. Es gab offensichtlich für die Planer zu viele bindende Vorgaben, die nicht mehr in Frage gestellt werden durften.

Zudem hat die Beteiligung auf die geäußerten Bedenken und Anregungen nicht angemessen reagiert. Viele Bedenken bezüglich vermeidbarer Eingriffe und besonderer Probleme der Verkehrsführung sind nicht ausreichend und überzeugend bearbeitet und geklärt worden.

Insbesondere ist bei der Beteiligung die Problematik der mit der Planung notwendigen Eingriffe (z.B. in den Baumbestand) nicht ausreichend thematisiert worden. Auch die starke räumliche Verschiebung der stadtauswärts gerichteten Fahrbahnen nach Westen ist nicht ausreichend thematisiert worden.

Die Breite der Beteiligung (bezogen auf das Erreichen der Bevölkerung) ist seinerzeit unzureichend geblieben. Aus all dem erklärt sich, dass erst durch den jetzt erreichten Planungsstand (Planfeststellung) und den bevorstehenden Baubeginn mit den anstehenden Baumfällungen in der breiten Bürgerschaft die Dimension der Eingriffe und die Frage der Zwangsläufigkeit erkennbar geworden ist, was dann jetzt zu den verschiedenen Aktivitäten der letzten 10 Monate geführt hat. Der Vorwurf, das sei zu spät, ist zwar theoretisch richtig, praktisch ist das aber eine ganz typische Entwicklung, die zu verbesserten Beteiligungsverfahren führen muss.

Die Bürgervereine und Initiativkreise haben angeboten, in dem weiteren Verfahren – möglichst unter dem Dach eines Moratoriums - kooperativ mitzuwirken.